

Scheinheilige Aussagen zum Mindestlohn

CDU wehrt sich seit Jahren gegen Mindestlöhne

In einem Bericht der GN vom 13.01.2011 sagte Reinhold Hilbers einer Forderung von Ursula van der Leyen Unterstützung zum Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche zu. Dabei wehrt sich die CDU auf Bundesebene seit Jahren gemeinsam mit der FDP gegen allgemein gültige Mindestlöhne, die Aussage ist scheinheilig. Es bringt nicht viel, nur einzelne Bereiche heraus zu picken. Ziel muss ein allgemein gültiger Mindestlohn sein. Einen Zusammenhang zwischen Mindestlöhnen und Aufschwung sehe ich auch nicht.

Man sieht aktuell bei einigen sogenannten „Christlichen Gewerkschaften“ wohin Tarife bei nicht vorhandenen Mindestlöhnen führen können. Das Bundesarbeitsgericht hat am 14.12.2010 in einem Urteil entschieden, dass diese teilweise nicht tariffähig sind. Neben den Nachteilen für die Zeitarbeiter, entsteht für viele Zeitarbeitsfirmen und deren Kunden eine unsichere Rechtslage.

Es wird wohl kaum ein Arbeitsplatz vernichtet, wenn Tariflöhne durch einen gesetzlichen Mindestlohn unterlegt werden. Für unsere Gesellschaft ergeben sich durch Mindestlöhne Vorteile, die ich hier auszugsweise nenne: Anerkennung von Arbeit, mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, mehr Beitragseinnahmen für die Sozialkassen, niedrigere Beitragssätze möglich, weniger Altersarmut, weniger Kinderarmut als Folge von Lohndumping.

Warum einige Parteien das Problem nicht oder nur punktuell angehen wollen, ist mir schleierhaft.

André Olthoff